

Per Mail: patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch

Bern, 18. August 2021

Vernehmlassung: Sicherheitspolitischer Bericht 2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Erhöhte Publikationskadenz und Kürzung

Eine sichere Schweiz ist für Die Mitte von eminenter Bedeutung. Wir begrüssen, dass die sicherheitspolitischen Berichte künftig neu alle vier Jahre vorgelegt werden sollen. So kann der Bundesrat und das Parlament besser auf internationale Veränderungen reagieren. Ebenso begrüssen wir, dass der vorliegende Entwurf gegenüber dem Sipol 2016 im Umfang um rund die Hälfte reduziert wurde. Prüfwert wäre aus unserer Sicht ergänzend eine jährliche kurze Information zur Aktualisierung und Ergänzung des Sicherheitspolitischen Berichts.

Konkretisierung der Massnahmen

Die Mitte begrüsst, dass die verschiedenen sicherheitspolitischen Instrumente von den übergeordneten Zielen der Schweiz abgeleitet werden. Die Massnahmen zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele sollten aber noch konkretisiert werden. Mindestens für die wichtigsten Projekte sollten zudem auch Informationen zum zeitlichen Verlauf ergänzt werden. Dies ermöglicht den politischen Gremien des ganzen Sicherheitsverbundes, eine vertiefte Analyse vorzunehmen und auch fundiertere Rückmeldungen zu geben.

Beschleunigung der Beschaffungsprozesse

Im Kontext der verstärkten Ausrichtung auf hybride Konfliktführung steht die Beschleunigung der Beschaffungsprozesse im Vordergrund. Dies gilt für Rüstungsgüter im Allgemeinen und für den Bereich der Bodentruppen und den Cyberbereich im Besonderen. Die Mitte begrüsst, dass das VBS mit der Verbesserung der Abläufe der Rüstungsbeschaffungen diesen Prozess angestossen hat. Das Parlament wird damit in Zukunft stärker bei der strategischen Ausrichtung der Armee Verantwortung übernehmen können. Das begrüsst die Mitte ausdrücklich.

Resilienz Stärken und Abhängigkeiten Verringern

Die Mitte begrüsst, dass die Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit bei internationalen Krisen als Ziel Nr. 7 Eingang in den Sicherheitspolitischen Bericht gefunden hat. Dies entspricht unserer Forderung der am 04.03.2021 angenommenen [Motion 20.3268](#) *Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern*. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Resilienz unseres Staates durch eine Verringerung der Abhängigkeit bei essentiellen Gütern von internationalen Liefer- und Produktionsketten gestärkt werden muss. Zusätzlich sollte auch die Privatwirtschaft und im speziellen Firmen, die kritische Infrastrukturen betreiben, systematischer in diese Prozesse eingebunden werden, da sie in gewissen vitalen Bereichen unersetzliche Dienstleistungen und Produkte bereitstellen. Es gilt dabei Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, damit diese ihre Lieferketten nicht nur auf Basis von Kostenerwägungen, sondern auch im Sinne der volkswirtschaftlichen Resilienz weiterentwickeln kann.

Schweizer Unternehmen sind in puncto Wettbewerb weltweit führend. Die gezielte Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren ist aber eine Gefahr für unsere Wirtschaft und Sicherheit. Durch die Annahme der [Motion 18.3021](#) *Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen* am 03.03.2020 hat das Parlament einen wichtigen Schritt zum Schutz von Schweizer Knowhow gemacht. Der Bundesrat sollte bei der Umsetzung der genannten Motion berücksichtigen, dass insbesondere im Bereich der Wehrtechnik gezielt spezifisches Knowhow im Inland erhalten und weiterentwickelt wird.

Polarisierung der Gesellschaft

Mit Sorge beobachten wir die zunehmende Polarisierung auch in unserer Gesellschaft, welche durch die Pandemie noch zusätzlich verschärft wurde und wird. Es gilt zu vermeiden, dass sich diese Entwicklung in einer Verschärfung der Bedrohung durch gewalttätigen Extremismus niederschlägt. Für die Mitte ist es wichtig, dass sich keine abgeschotteten Informationskanäle bilden, in denen Menschen nicht mehr mit Fakten erreicht werden können und sich alternative «Realitäten» bilden. Dies würde den Zusammenhalt auch der Schweizer Gesellschaft gefährden. Ebenfalls ist es wichtig, dass der Bund die Instrumente zur Abwehr von gezielten Desinformationskampagnen ausländischer Akteure konsequent weiterentwickelt.

Cyber

Während der Pandemie hat sich die Kriminalität im Cyberspace offensichtlich ausgeweitet. Neben (semi-)staatlichen Akteuren soll die Zahl von Ransomware-Erpressungen gestiegen sein. Zusätzlich zur intensiven Kooperation zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Bekämpfung digitaler Kriminalität soll sich die Schweiz unseres Erachtens darum auch international dafür einsetzen, dass effektive Massnahmen und Sanktionen verabschiedet werden, um diese Angriffe verfolgen zu können. In diesem Bereich braucht es einen grenzüberschreitenden Konsens, um Rechtssicherheit durchsetzen zu können.

Dienstplicht

Die personellen Bestände von Armee und Zivilschutz sind schon seit einiger Zeit rückläufig und können mittelfristig nicht erhalten werden. Für die Sicherheit von Land und Bevölkerung ist es zentral, dass die Bestände gesichert werden. In der Öffentlichkeit findet aktuell eine rege Debatte über die Weiterentwicklung des Dienstpflchtensystems statt, um den neusten sicherheitsrelevanten und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die Mitte wird sich mit konstruktiven und mehrheitsfähigen Lösungen in diese Debatte einbringen. Grundsätzlich stellt sich die Mitte aber hinter die Armee und befürwortet die dafür eingesetzten Ressourcen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz